

# Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,  
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Müldersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Müldersdorferstraße 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen u. sind an  
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 M. (ohne  
Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband  
1,70 M.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 19.

Berlin, den 10. Mai 1908.

9. Jahrgang.

**Kollegen, setzt mit neuen Kräften in die Frühjahrsgitation ein;  
betreibt Bauten- und Haus-Agitation!**

## Inhaltsverzeichnis.

Die Annahme des Schiedspruches. — Sozialdemokratie  
und Arbeiterversicherung. — Zur Tuberkulosebekämpfung  
auf dem Lande. — Rundschau: Politik und Arbeitgeber-  
Gewerkschaften — politische Vereine. Hirsch-Dunderföcher. Der  
Stillsand der „freien“ Gewerkschaften. Kaiser und Ortstran-  
kassen. Ueber die Bautätigkeit im Kreis Necklinghausen. Wider-  
käse Stänkereien. — Wirtschaftliche Bewegung. — Ver-  
bandsnachrichten: Mannheim. Darmen. Kiel. Münster i. W.  
Münsterberg. Schneidemühl. — Volkswirtschaftliches und Soziales.  
— Literarisches. — Von den Arbeitsstellen. — Bekannt-  
machung des Verbandsvorstandes. — Bekanntmachungen. —  
Versammlungskalender. — Sterbetafel.

## Die Annahme des Schiedspruches.

Der in Berlin seitens der drei Unparteiischen gefällte Schieds-  
spruch ist von beiden Parteien, Arbeitgebern wie Arbeitnehmern,  
angenommen worden. Damit ist der Friede in Baugewerbe end-  
gültig gesichert. Nur wenige Differenzen, die jedoch außerhalb  
der Lohnfrage liegen, sind zu erledigen. Sie müssen bis zum  
16. Mai ihre Erledigung gefunden haben und zwar ebenfalls  
durch in den einzelnen Lohngebieten einzurichtende Schieds-  
gerichte. Die Arbeitgeber nahmen den Schiedspruch bereits  
in einer an die Verhandlungen anschließenden außerordent-  
lichen Generalversammlung an; mit allen Stimmen bei 11  
Stimmhaltungen. Die 11 waren die Vertreter des Rheinisch-west-  
fälischen Arbeitgeberverbandes. Sie erklärten jedoch, in ihren  
Gewerkschaften für die Annahme des Schiedspruches  
zu wirken. Inzwischen ist auch die Zustimmung ge-  
nannter Verbandes auf seiner in Essen a. d. R. stattgefundenen  
Generalversammlung erfolgt. Auf die Gründe der Enthaltung  
bei der Abstimmung in Berlin der Rheinisch-westfälischen Ver-  
treter kommen wir gelegentlich zurück. Sie sind innerer und  
äußerer Natur.

Das Zustandekommen eines Notums, für oder gegen den  
Schiedspruch, begegnete auf Arbeitgeberseite erheblichen Schwierig-  
keiten. Die Arbeiterorganisationen sind demokratische Gebilde,  
nach deren Grundsätzen das Entscheidungsrecht über die Organi-  
sation oder die die wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder be-  
treffenden Fragen den Mitgliederversammlungen zusteht. In  
Anbetracht der Kürze der Zeit — bis zum 4. Mai mußte nach dem  
Schiedspruch die Zustimmung oder Ablehnung erfolgt sein,  
die Arbeitgeber wollten den Termin noch kürzer gefestigt sehen —  
war jedoch die Einberufung von Mitgliederversammlungen nicht  
möglich, und mußte daher ein anderer Weg beschritten werden.  
Es ließ sich anders nicht machen, als die von den Mitgliedern  
gewählten Lohnkommissionen zusammenzuberufen und sie ent-  
scheiden zu lassen. Es bleibt der nächsten Generalversammlung  
überlassen, Mittel und Wege zu suchen, wie in Zukunft derglei-  
chartigen Schwierigkeiten begegnet werden kann. Bei der sich  
immer weiter ausdehnenden Tarifgemeinschaft wird es un-  
möglich, in einzelnen Mitgliederversammlungen beschließen zu  
lassen.

Die am verflochtenen Sonntag stattgefundenen Konferenzen  
der Lohnkommissionen haben dem Schiedspruch, soweit sich  
das bis jetzt übersehen läßt, ebenfalls zugestimmt. Nicht ohne  
Widerspruch und heftige Opposition. Daß es dabei nicht ohne  
Verächtigungen und Beschimpfungen der Organisationsleiter  
abgehen würde, war vorauszusetzen. In Frankfurt a. M. fiel  
seitens eines Vertreters des „freien“ Maurerverbandes aus  
Mannheim das böse Wort von „modernen Sklavensführern“ (die  
Zentralvorstände); ein anderer meinte, die Mitglieder der  
Zentralvorstände hätten noch keinen Hunger gelitten und wüßten  
nicht, wie es in einer Arbeiterfamilie zugeht, sonst hätten sie  
nicht dem Schiedspruch zugestimmt können. — Was soll man  
zu derartigen Verunglimpfungen sagen? Man bedauert sie  
— und schweiget. Zur Ehre unserer Kollegen soll es jedoch ge-  
sagt sein, daß uns derartige aus unseren Reihen nicht bekannt-  
geworden ist.

Der Schiedspruch ist nun angenommen und den Unpar-  
teischen telegraphische Mitteilung darüber gemacht worden. Da-  
mit ist der Friede auf zwei Jahre gesichert. Zweifellos ist  
damit den Interessen beider Teile am besten gedient, und unser  
gesamtes Wirtschaftsleben ist vor einer schweren Erschütterung  
bewahrt geblieben. Nach dem Stand der Dinge war nichts  
anderes, vor allem aber auch nichts Besseres zu erwarten.  
Die wirtschaftliche Depression stand als fester Verbündeter auf  
seiten der Arbeitgeber; manche von ihnen, vielleicht der größte  
Teil, hätte einen Kampf geru gesehen. Wie er ausgefallen  
wäre? Zu unseren Gunsten wohl kaum! Der wirtschaftliche Tief-  
stand, die erparterte Arbeiterorganisation — das waren un-  
gleiche Chancen. Hinzu kam, und das ist besonders wichtig, daß  
der im Vorjahre verlorengegangene Kampf in Berlin das Steiges-  
gewußte in der Arbeitgeber ganz mächtig gesteigert hatte. Der  
Berliner Kampf hing gleichsam wie ein Bleigewicht für die  
Arbeiter an der gesamten Bewegung. Durch ihn sind die In-  
teressen der gesamten deutschen Bauarbeiterchaft unendlich ge-  
schädigt worden. Wir können es aber trotzdem der Bundesleitung  
des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe nicht verargen, daß  
sie ihren rechtlichen Teil zur friedlichen Beilegung der Sache bei-  
getragen hat. Wir wollen heute nicht über die ersten Maß-  
nahmen des Arbeitgeberverbandes reden, die ja ohne Zweifel die  
Gegenläufe erheblich verschärfen haben und hatten, und die nur  
die eine Deutung zulassen, daß der Arbeitgeberverband den  
Kampf unter allen Umständen haben wollte. Mögen es tatliche  
Maßnahmen gewesen sein oder nicht, die Bundesleitung war

auch für ihren Teil von der ungeheuren Verantwortung eines  
Kampfes hinlänglich überzeugt. Mögen die Erfahrungen der  
diesjährigen Bewegung, die in ihren Folgen eine gewaltige  
Umwälzung des bisherigen Zustandes bedeutet, in der Folgezeit  
von beiden Parteien beherzigt werden.

Es war ein heißes Ding, das sich da im Berliner Rat-  
haus abspielte. Um unseren Kollegen einen möglichst tiefen  
Einblick zu gewähren, hatten wir neben den Bezirksleitern,  
noch die engere Verhandlungskommission hinzugezogen. Sie  
haben alle die Ueberzeugung mit nach Hause genommen, daß  
mehr, wie in dem Schiedspruch niedergelegt ist, ohne Kampf  
nicht zu erreichen war. Und der Schiedspruch? Ja, voll-  
ständig befriedigt sind eigentlich beide Parteien von ihm nicht!  
Die Arbeitnehmer glaubten im Hinblick auf die teuren Lebensver-  
hältnisse einen höheren Lohn beanspruchen zu können; die Ar-  
beitgeber wollten mit Rücksicht auf die augenblicklichen Kon-  
junkturverhältnisse, mit wenigen Ausnahmen, überhaupt keine  
Lohnerhöhung eintreten lassen. Sie gaben sogar ihrer Meinung  
dahin Ausdruck, die Arbeiter könnten froh sein, daß die Arbeit-  
geber keine Lohnreduzierung eintreten ließen. Das bedeutete  
eigentlich eine Lohnerhöhung. Das sagten namentlich die rhei-  
nisch-westfälischen Arbeitgeber. Es ist ja auch bekannt, daß in  
Reihen schlechter Konjunktur, besonders im Industriegebiet, die  
„Lohnstruppe“ gezogen wurde. Solche Auslassungen sind ja  
nun nicht ernst zu nehmen, sie geben aber immerhin Zeugnis  
von einer Ansicht, wie sie in weiten Arbeiterkreisen verbreitet  
ist. Die Zeiten sind ja nun glücklicherweise auch für das In-  
dustriegebiet vorbei; ein Erfolg der Tarifverträge. Besonders  
unangenehm sind ja nun die Kollegen berührt, die in den beiden  
Vertragsjahren überhaupt keine Lohnerhöhung erhalten. Es  
gibt Dinge, die lassen sich nur einmal beim besten Willen  
nicht anders gestalten, und ist es daher am vorteilhaftesten,  
unter Berücksichtigung der gesamten Situation, sich ins un-  
vermeidliche zu fügen. Andererseits sind für eine große Anzahl  
Orte zum Teil erhebliche Lohnerhöhungen erreicht worden. Und  
das muß uns mit dem Gesamtergebnis ansprechen Ein Erfolg,  
und zwar ein bedeutender, ist aber die Tatsache, daß die  
von den Arbeitgebern gedachten Verschlechterungen, namentlich  
die von den Arbeitgebern des Ruhrreviers, abgewehrt worden  
sind. Ihre Konsequenzen waren für die Arbeiterorganisationen  
geradezu unabsehbar. Ein Erfolg ist aber auch, und jedenfalls  
der bedeutendste, daß die Aktionskraft unserer Organisationen  
erhalten geblieben ist. Das verleiht uns Rückhalt und gibt uns  
die sicherste Gewähr, daß wir in kommenden Zeiten, mit besseren  
wirtschaftlichen Verhältnissen, die Interessen unserer Mitglieder  
in nachhaltigerer Weise vertreten können. Und in diesem Sinne  
rufen wir unseren Mitgliedern zu, sorgt für den emsigen Ausbau  
und die Stärkung unseres Verbandes. Die augenblickliche Zeit  
ist ernst und schwer; die kommende wird es nicht minder sein.  
Trotzdem sie aber immer Männer, die auch wirklich Männer sind;  
dann braucht uns nicht zu bangen. Lassen wir die Lehre der  
diesjährigen Bewegung nicht spurlos an uns vorbeiziehen.  
Suchen wir den Gedanken der Organisation immer tiefer zu er-  
fassen, und wir können allen Gefahren ruhig entgegensehen,  
mutig aber auch für unsere Interessen weiter kämpfen. Und  
ein heiliges Gelöbniß soll sein: Ja, das wollen wir.

## Sozialdemokratie und Arbeiter- versicherung.

Der hohe kulturelle Wert und der große wirtschaft-  
liche Nutzen der deutschen Arbeiterversicherung für die  
Arbeiterklasse ist von einsichtigen Elementen in der So-  
zialdemokratie wiederholt anerkannt worden. An den nöti-  
gen Vorwürfen gegen ihre Partei, die von ihrem ver-  
bohrteten Alles- oder Nichts-Standpunkt gegen die Ein-  
führung dieses Versicherungswerkes gestimmt hat, haben  
sie es dabei nicht fehlen lassen. Anders dagegen die so-  
zialdemokratische Presse und die sozialdemokratischen Agi-  
tatoren! Sie wollen und können natürlich, ohne die Partei  
zu schädigen, heute nicht zugeben, daß dieselbe mit ihrem  
Widerstand gegen das große soziale Werk der Arbeiter-  
versicherung eine kolossale Dummheit gemacht hat, von der  
zuletzt, falls sie tatsächlich das Zustandekommen deselben  
verhindert hätte, ihre angeblichen Schutzbefohlenen, die  
Arbeiter, den größten Schaden gehabt hätten. Deshalb  
bestreben sie sich, das wahre Bild zu verschleiern, indem  
sie in den Klagen der „Genossen“ die Bedeutung der deut-  
schen Arbeiterversicherung möglichst zu verfeinern suchen,  
um so die schweren Unterlassungssünden der Partei als  
mehr lässliche oder überhaupt keine Verfehlungen erscheinen  
zu lassen.

Un diesem Treiben beteiligt sich neuerdings auch das  
„Korrespondenzblatt“ der Generalkommission der „freien“  
Gewerkschaften, das zu seiner neuesten Nummer (16) eine  
statistische Beilage bringt, in welcher die Ergebnisse der  
deutschen Arbeiterversicherung im Jahre 1906 eingehend  
besprochen werden. Daß die Summen, die auf dem Wege  
der Arbeiterversicherung von Jahr zu Jahr ausgegeben  
werden, gewaltige Ziffern darstellen, kann auch das Organ  
der Generalkommission nicht leugnen. 265 Millionen M.  
(einschließlich der Knappschaftskassen) wurden allein im  
Jahre 1906 in der Krankenversicherung, 143 Millionen M.  
in der Unfallversicherung und 166 Millionen M. in der  
Invalidenversicherung an Krankheitskosten und Entschädi-

gungen verausgabt, insgesamt etwa 575 Millionen M. in  
einem einzigen Jahre. Und seit 1886 betragen diese Auf-  
wendungen in der Krankenversicherung gar 3000 Millionen  
Mark, in der Unfallversicherung 1337 Millionen M. und in  
der Invalidenversicherung 1328 Millionen M., mithin zu-  
sammen 5665 Millionen M. oder 5 2/3 Milliarden M., eine  
Summe, die von die französische Kriegsschadensabgabe von  
1871 weit hinter sich zurückläßt. Das sind Tatsachen, die  
in ihrer Wichtigkeit ihre Wirkungen nicht verfehlen können.

Um diese aber abzuschwächen, gefällt sich das „Korre-  
spondenzblatt“ in kleinteiligen Spielereien. Die Schlagworte  
„Bettelstuppen“ und „Almosen“ scheinen ihm allerdings so  
abgestanden zu sein, daß es auf deren Gebrauch verzichtet.  
Dafür werden aber die Durchschnittsleistungen der einzelnen  
Versicherungsarten vorgerechnet, um diese recht minimal  
erscheinen zu lassen. Und doch müßte gerade das „Korre-  
spondenzblatt“ wissen, daß die Versicherungen nicht mehr  
leisten können, als sie selbst erhalten. Zudem stellt speziell  
die Unfallversicherung, zu der die Arbeiter gar nichts zu  
zahlen haben, gegen den früheren Zustand einen außer-  
ordentlichen Fortschritt dar. Weiter fragt das „Korre-  
spondenzblatt“: „Was hindert den Arbeitgeber, den Lohn  
um den Betrag der Versicherungsbeiträge herabzudrücken?“  
Das „Korrepondenzblatt“ greift hier einen Knochen auf,  
den selbst sachverständige „Genossen“ längst fortgeworfen  
haben. Es weiß eben ganz genau, daß die Arbeitslöhne  
trotz der Arbeiterversicherung seit deren Einführung eine  
steigende Tendenz behalten haben, und jeder Unternehmer  
die Versicherungskosten zu den eisernen Betriebskosten  
rechnet, wie Steuern, Feuerversicherungsprämien usw.

Diese Annahme einer Lohnkürzung um den Versiche-  
rungsbetrag ist nicht weniger willkürlich, wie die Be-  
hauptung, daß selbst heute, nach mehr als zwei Jahr-  
zehnten der Wirksamkeit der deutschen Arbeiterversicherung,  
die Sorge und Not drohender denn je ihr Haupt erhebe.  
Dabei muß das „Korrepondenzblatt“ einige Seiten vor-  
her zugeben, daß in diesen genannten Jahrzehnten die  
Löhne eine Steigerung um 37,1 pCt. erfahren haben. Im  
Anschluß an eine Tabelle über Lohnbeträge der Versicherten  
und Vollarbeiter von 1886—1906 schreibt nämlich daselbe  
„Korrepondenzblatt“:

Die Zusammenstellung in Tabelle XII, die sich nur auf die  
gewerblichen Berufsgenossenschaften erstreckt, zeigt uns, daß der  
Gesamtdurchschnitt der Lohnbeträge sich seit 1886 bis 1900 von  
652,80 M. auf 779,22 M. pro Kopf der Versicherten und von da  
ab bis 1906 von 779,22 M. auf 895,02 M. pro Kopf der Ver-  
sicherten gehoben hat. Das ist seit 20 Jahren eine Steigerung  
um 242,22 M. oder 37,1 Prozent oder in Jahresdurchschnitt um  
3,71 Prozent. Von 1900 bis 1906 liegt dieser Durchschnitts-  
betrag pro Kopf der Versicherten um 115,80 M. oder 14,9 Prozent,  
in Jahresdurchschnitt also um 2,5 Prozent. Nicht ganz so hoch  
(nur 131 M. oder 14,6 Prozent, im Jahresdurchschnitt 2,4 Proz.)  
war die Steigerung pro Kopf der Vollarbeiter berechnet. Frei-  
lich war diese Steigerung keineswegs in allen Jahren gleich-  
artig. Von 1905 auf 1906 ergibt sich eine Steigerung des Durch-  
schnittsbetrages pro Versicherten um 45,92 M. oder 5,4 Prozent  
und pro Vollarbeiter um 50,64 M. oder 5,8 Prozent.

In ähnlichem Sinne schrieb „Genosse“ Paul Kampf-  
meyer schon in der Septembernummer 1902 der „So-  
zialistischen Monatshefte“:

Die deutsche Arbeiterversicherung hat fast in der gleichen  
Richtung wie eine Arbeiterjahrgesetzgebung gewirkt — sie  
„bedeutet eine tatsächliche ökonomische (wirtschaftliche) Besser-  
stellung um 1 1/2 Milliarden Mark.“

Nun sei gern zugegeben, daß durch die Steigerung  
der Kosten der Lebenshaltung, der Mieten usw., ein großer  
Teil der Lohnsteigerungen hinweggenommen worden ist;  
aber behaupten zu wollen, daß trotz der ökonomischen  
Besserstellung des Arbeiterstandes heute Sorge und Not  
drohender denn je ihr Haupt erheben, heißt doch so sehr  
mit den eigenen Worten der Wahrheit ins Gesicht schlagen,  
daß gegen eine derartige demagogische Sekerei nicht laut  
genug protestiert werden kann.

Wir sind weit genug davon entfernt, blindlings die  
Leistungen der deutschen Arbeiterversicherung und speziell  
auch diejenigen der Unternehmer über den grünen Aec-  
lober zu wollen, stehen vielmehr auf dem Standpunkt, daß  
es eine rechtliche und sittliche Pflicht der Gesamtheit und  
des Unternehmertums ist, die Existenz der Arbeiter, die  
den Nationalwohlstand mit schaffen helfen, nach Möglichkeit  
auf eine sichere Grundlage zu stellen. Aber andererseits  
verlangt es Gerechtigkeit und Ehrlichkeit, anzuerkennen,  
daß die deutsche Arbeiterversicherung zur Vinderung der  
Wunden, die die Industrie schlägt und die niemals zu un-  
gehen sein werden, bereits Großes geleistet hat, und in  
Zukunft noch Größeres leisten wird; daß fernerhin die  
3,65 Milliarden M., welche bisher von den Arbeitgebern  
für die Zwecke der Arbeiterversicherung beigelegt wurden,  
sehr viel zur Gesunderhaltung und Kräftigung der  
Arbeiterklasse beigetragen haben. Gerade im Hinblick  
hierauf muß die unberechtigte sozialdemokratische Hürerei  
an der Arbeiterversicherung, das Bestreben, dadurch die

oben erwähnten Unterlassungsünden der Partei zu ver-  
schleiern, um so kräftiger verurteilt werden.

Die deutsche Arbeiterbewegung kann unter voller  
Anerkennung ihrer Vorteile noch recht viel Kritik ver-  
tragen. Wo diese aber aus politischen Rücksichten, wie  
bei der Sozialdemokratie, angebracht wird, schadet sie eher  
mehr, als sie nützt!

### Zur Tuberkulosebekämpfung auf dem Lande.

Das deutsche Zentralkomitee zur Errichtung von Heilstätten  
für Lungentrübungen wies schon früher, in einer Denkschrift über  
die Tuberkulosebekämpfung in Deutschland im Anschluß an den  
Internationalen Tuberkulosekongreß in Paris 1907, darauf hin,  
daß auf dem Lande ein Wundgebiet geschaffen werden müsse  
zwischen dem Arzt und dem Kranken. Es liege auf der Hand,  
daß gerade auf dem Lande, wo der ärztliche Berater oft ferne  
wohne und seine Zuziehung zu teuer werde, Vorboten von Krank-  
heiten in der Regel unbeachtet bleiben, und die Hilfe gerade  
bei der Tuberkulose oft erst eintrete, wenn es zu spät sei. Die  
Tuberkulose ist auf dem Lande häufiger, als man bei den meist  
günstigen Luft- und klimatischen Verhältnissen vermuten sollte,  
und die Gefahr, die hieraus dem Lande bei der leichten Über-  
tragbarkeit des Krankheitsstoffes droht, braucht nicht des näheren  
noch geschildert zu werden.

Die Frage, auf welche Weise man auf dem Lande den Kampf  
gegen die Tuberkulose am erfolgreichsten führen kann, wie sich  
am ehesten ein Eindringen in die zahlreichen Einzelherde und  
ein Heilen der einzelnen tuberkulösen Familien auf dem Lande  
ermöglichen läßt, behandelt Kreisarzt Dr. Hillenberg-Springe  
in den beiden letzten Hefen der Monatschrift „Soziale Me-  
dizin und Hygiene“ (Jahrgang 1908, Nr. 1-2). Als das beste  
und wirkungsvollste Kampfmittel erscheint ihm die Einrichtung  
der Luftkur- und Fürsorgeheime, deren Anlage und Betrieb  
jedoch vornehmlich auf städtische Verhältnisse zugeschnitten ist.  
Eine unmittelbare Übertragung dieser Einrichtung auf länd-  
liche Verhältnisse wäre auch nicht ohne weiteres durchzuführen,  
denn auf dem Lande hat man mit ganz anderen Schwierigkeiten  
zu kämpfen, als in der Stadt; es sei nur erinnert an das noch  
vielfach geringe Verständnis der Landbevölkerung für hygie-  
nische Forderungen und dessen Folgen, an die großen Entfer-  
nungen, an das teilweise Fehlen von ausreichenden, bequemen  
Verkehrsmitteln, an einen gewissen Mangel an Kranken-  
häusern in einzelnen Landesteilen und an hinreichend zahlreichem  
Pflegepersonal und endlich an größere pekuniäre Schwierig-  
keiten.

Dem Gedanken, auf dem Lande eine der städtischen Fürsorge-  
stellen wenigstens ähnliche Einrichtung zu schaffen, steht in  
erster Linie die Schwierigkeit entgegen, daß es dem Lande  
an Schwestern, Pflegerinnen oder ähnlichem Personal mangelt.  
Gerade die kleinen Schwesternabteilungen sind hier von größ-  
tem Werte, deren Haupttätigkeit die ambulante Krankenpflege  
bildet. Solche Niederlassungen ohne eigentlichen Krankenhau-  
sbetrieb gibt es in Preußen nach einer Schätzung des Kultus-  
ministeriums rund 1300. Dem tatsächlichen Bedürfnis ist da-  
mit freilich nicht genügt und kann auch in Zukunft bei weiterer  
Zunahme der Niederlassungen allein nicht genügt werden.  
Ergänzend muß daher die sog. Gemeindepflege eintreten,  
d. h. es müssen weltliche Berufspflegerinnen für  
die einzelnen Gemeinden angeheilt werden. Sehr empfehlens-  
wert ist des weitern der Vorschlag, auch die Hebammen an ge-  
eigneten Stellen zur Tuberkulosefürsorge heranzuziehen. Diese  
Frauen sind am meisten geeignet, die richtige Auffassung von dem  
Befehl der Tuberkulose, ihrer Verhütung und Heilbarkeit in  
die Familie hineinzutragen, die einzelnen zu belehren und zur  
Reinlichkeit zu erziehen.

Der Plan Dr. Hillenbergs geht nun dahin, in jedem Kreise  
mehrere ländliche Fürsorgestellen einzurichten, deren ärztliche  
Leitung in den Händen eines praktischen Arztes liegen müsse.  
Jener sollten dieser Fürsorgestelle angehören der Gemeindevor-  
steher, der Pfarrer sowie ein Mitglied eines gemeinnützigen  
Vereins oder ein Lehrer. Diesen Unterstellen wäre eine Kreis-  
fürsorgestelle als beratende Instanz überzuordnen, die sich zu-  
sammensetzen könnte aus dem Kreisarzt, aus dem Landrat  
und einem am Sitz des Landratsamtes befindlichen Lokalkomitee.  
Sämtliche Anzeigen über Tuberkulosefälle gehen an den Vor-  
stand der Zentrale (Landrat), von wo aus nach eingegangener  
Mitteilung die betreffenden Bezirkspfegerinnen (Schwestern, Heb-  
amme) benachrichtigt werden zur Anstellung von Ermittlungen  
über die wirtschaftlichen und Familienverhältnisse an der Hand  
eines Fragebogens. Dieser Fragebogen wird alsdann dem be-  
handelnden Arzte oder dem Fürsorgearzte übergeben, der ihn  
dann an die Zentrale (Landrat) weitergibt, wo nach Anhörung  
des Kreisarztes die Ausführung der wünschenswerten Maß-  
nahmen veranlaßt wird.

Eine weitere Maßregel, die unter ländlichen Verhältnissen  
dringend der Berücksichtigung bedarf, wäre die Errichtung von  
leicht erreichbaren, in Anlage und Betrieb billigen und Familien-  
verhältnissen entsprechenden Pflegestätten (Krankenheime) für  
solche fortgeschrittene Tuberkulose, die allein, ohne Angehörige  
und ohne Pflege dastehen und für welche, deren Verbleiben in  
der Familie infolge des Zustandes und der vorliegenden häus-  
lichen Verhältnisse eine Gefahr in sich schließt. Vorbildlich in  
dieser Beziehung sind die vorwiegend Landpflegeanstalten, kleine  
Krankenheime, wobei für unbenutzte Räume, die auf Ver-  
anlassung der Gesundheitskommission dem Krankenhause zu-  
geführt werden, der Staat vier Fünftel und die Kommune sechs  
Fünftel der Pflegekosten bezahlt. Bei uns wären zur Ver-  
breitung der Kosten, die die Tuberkulosebekämpfung verursacht, wohl  
zweckmäßig die Landesversicherungsanstalten mit heranzuziehen.

Nicht zu vergessen ist schließlich die Bekämpfung der Tuberkulose  
im jugendlichen Alter auf dem Lande. Der Krankheits-  
keim wird oft vom Kindesalter mit in die späteren Lebensjahre  
herübergenommen, und zumal den Kindern ist ein besonderes  
Augenmerk zuzuwenden, deren Eltern bereits erkrankt sind.  
Im übrigen ist die Einrichtung der Fürsorge des Schularztes  
auf dem Lande eine unerläßliche Forderung, wenn man gegen die  
Tuberkulose im Kindesalter erfolgreich vorgehen will. So hat der  
Kampf gegen die Tuberkulose bereits frühzeitig einzusetzen, und  
wenn man so den Tuberkulösen vom Anfangs Stadium beginnend  
während der ganzen Dauer der Krankheit die gewissenhafteste  
Fürsorge angedeihen läßt, dann ist zu hoffen, daß auch auf dem  
Lande der Tuberkulosegefahr der schlimmste Schaden genommen  
wird und die Volksgesundheit einen dauernden und nachhaltigen  
Gewinn davon erhält.

### Rundschau.

**Politik und Arbeitgeber.** Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“  
berichtet in der letzten Zeit eifrig den Plan von der Grün-  
dung einer politischen Partei der Arbeitgeber, ähnlich der  
dem Lande der Landwirte. In einem freikonserватiven  
Blatte tauchte der Plan zuerst auf, den die Arbeitgeber-  
zeitung eifrig aufgriff. Es ist ja auch bekannt, daß eine  
solche Großpartei der freikonserватiven Partei an-

gehören, und daß einflußreiche Kräfte an der Arbeit sind,  
diesen Zufluß zu vermehren. Die offene Kriegsanlage des  
Herrn Bued an die Nationalliberalen ist ja bekannt. Die  
nationalliberale Partei ist den Großindustriellen zu so-  
zial gerichtet, und soll nicht genügend die Interessen der  
Großindustrie wahren. Daß nun in jenen Parteien, die  
durch den Abgang der Großindustriellen einen empfind-  
lichen Nachteil, namentlich in finanzieller Beziehung, er-  
leiden würden, gegen einen solchen Plan Sturm laufen,  
ist zu verstehen. Aber auch in den eigenen Reihen entstehen  
Gegner des Planes. So schreibt z. B. der Syndikus des  
„Verbandes Süddeutscher Industrieller“:

„Wie steht es denn mit den wirtschaftspolitischen,  
insbesondere handelspolitischen Fragen, bei dem  
beabsichtigten politischen Bunde? Ist es denkbar, das gesamte  
deutsche Unternehmertum bezüglich dieser Fragen unter einen  
Hut zu bringen? Einer solchen gewalttätig herbeigeführten Ehe-  
wäre zweifellos bald die Scheidung nachfolgen. Die Schuß-  
woll! Die Freihandell!

Aber der beabsichtigte politische Bund gewerblicher Arbeit-  
geber will ja die Behandlung aller wirtschaftlichen Fragen  
aus seinem Arbeitsprogramm ausschließen. — weil bezüglich  
ihrer eine Uebereinstimmung in der deutschen Industrie nicht  
besteht — und sein ganzes vermeintliches Schwergewicht auf  
die Vertretung sozialpolitischer Fragen werfen. So, sind denn die  
sozialpolitischen Fragen für die deutsche  
Industrie so viel wichtiger, als die wirtschaftspolitischen? We-  
denb lehtere so wenig für die Industrie, daß ein politischer  
Bund gewerblicher deutscher Arbeitgeber sie einfach ausschließen  
kann? Besteht denn gar keine Wechselwirkung zwischen  
beiden?

Ober will dieser politische Bund etwa mit einer poli-  
tischen Partei in Kartellverbindung treten? Scheinbar nicht,  
er will es mit allen Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemo-  
kratie, halten, wenn seine Programmausführungen richtig  
verstanden wurden.

Aber der geistige Urheber des vorliegenden Projektes ist  
Herr Kommerzienrat Mendt, welcher wegen eines Vorstoßes  
gegen das Reichstagswahlrecht aus der nat. liberalen Partei  
ausstieg und sich der freikonserватiven Partei angeschlossen.  
Der Genannte ist erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ver-  
eins deutscher Arbeitgeberverbände und plant, sein Zeitungs-  
blatt durch den Verein deutscher Arbeitgeberverbände und  
den Zentralverband deutscher Industrieller gemeinsam zum  
Leben bringen zu lassen. Müht nun aber nicht der Zentral-  
verband neuerdings immer mehr von der nationalliberalen  
zur konserватiven Partei ab? Ist es unter diesen Umständen  
nicht eventuell denkbar, daß der beabsichtigte politische Bund  
in freikonservativen Fahrwasser gelangen könnte?

Wenn diese Möglichkeit je bestehen könnte, so dürfte es wohl  
schon jetzt klar sein, daß die süddeutsche Industrie  
sich diesem Bunde von vornherein ablehnend gegen-  
überstellen würde.“

Er gelangt dann zu dem Schluß, daß eine politische  
Organisation der Arbeitgeber nur möglich sei, wenn sie  
mit dem Liberalismus Hand in Hand arbeite. Letzteres  
ist ja nun nach den ersten Ausführungen nicht konsequent,  
beweist aber, wie sofort auch in den Arbeitgeberverbänden  
die Rivalität einzureißen droht, sobald Fragen politischer  
Natur, die den Bestehenden der eigenen Partei zu ge-  
fährden drohen, auftauchen.

**Gewerkschaften — politische Vereine.** Wir gaben in  
Nr. 16 der „Baugewerkschaft“ gelegentlich der Bekanntgabe des  
Reichsvereinsgesetzes den Rat, nach Inkrafttreten desselben am  
15. Mai weder eine Verammlung anzumelden noch das Mit-  
gliedsverzeichnis des Vorstandes einzureichen, da wir uns für  
unpolitische Vereine hielten. Selbst auf Anforderung der Behör-  
den sollten wir beides verweigern und es auf einen Prozeß bis  
in die höchsten Instanzen kommen lassen. In der gleichen  
Frage nimmt nun der Reichstagsabgeordnete Pothhof in der  
„Berliner Zeitung“ Stellung, und kommt zu dem Ergebnis,  
daß nach dem neuen Gesetz kein Zweifel bestehe, daß die Berufs-  
vereine und ihre Versammlungen politischer Natur seien. Da  
nach der Staatssekretär im Reichstag zwar bindende Erklärungen  
für eine vernünftige, von jeder Schöpfung freien Handhabung des  
Gesetzes gegeben habe, die aber nur auf die Verwaltungs-  
behörden, nicht auf die Gerichte wirkte, so warne er dringend  
davor, etwaige Differenzen mit der Polizei vor die Gerichte zu  
bringen. Das Gericht müßte auf Grund der bisherigen An-  
schauung und des § 2 und 3 des neuen Gesetzes jeden Berufs-  
verein für einen politischen Verein erklären. — Die „Soziale  
Prozess“ schließt sich der Ansicht Pothhofs an. Wir bleiben auf  
unserem früheren Standpunkte stehen. Uns kommt es darauf an,  
klarheit zu schaffen, und da. ist nur möglich, den angegebenen  
Weg einzuschlagen. Damit werden die Fallstricke des neuen  
Vereinsgesetzes am ehesten offenkundig.

**Hirsch-Dundersches.** In der Osterwoche taute in Berlin der  
Verbandsrat des Hirsch-Dunderschen Textilarbeiter-Ver-  
bandes. Außer der unvermeidlichen langatmigen Reso-  
lution „zur grundlegenden freiheitlichen vollständigen  
Richtung“ der Hirsch-Dunderschen, was aber nicht hindert,  
daß ihre trotz der „Vollständigkeit“ fast bedeutungslose  
Mitgliederzahl immer mehr zusammenbricht, besaßen  
sie sich auch mit der Zweistufungsfrage in Vach. Bekannt-  
lich führte der christliche Textilarbeiterverband einen lang-  
jährigen Kampf gegen die Einführung des Zweistuf-  
systems in genannter Stadt. Das Zweistufsystem besteht  
darin, daß ein Weber zwei mechanische Webstühle zu be-  
dienen hat. Nun ist heute allorts das Zweistufsystem  
eingeführt, und führten die Wächener Textilfabrikanten  
an, daß sie unter dem Einstuhl nicht konkurrenzfähig bleiben  
könnten. Tatsächlich haben auch die Wächener Fabrikanten  
dadurch weite Absatzgebiete verloren. Der christliche Texti-  
larbeiterverband konnte sich daher nicht mehr ernsthaft da-  
gegen wehren, wollte er nicht seine Mitglieder und die  
Wächener Industrie schädigen, wie andererseits mit dem  
Zweistuhl ein technischer Fortschritt verbunden ist. Un-  
genehm war das den Textilarbeitern freilich nicht, da  
die Bedienung zweier Stühle mit größeren körperlichen  
Anstrengungen verbunden ist. Das fügen nun die  
Hirsche gegen den christlichen Textilarbeiterverband aus-  
zubringen, daher eine unvermeidliche Resolution folgenden  
Inhalts:

„Die 13. ordentliche Generalversammlung des Gewerk-  
vereins der deutschen Textilarbeiter (G.-D.) fordert den Haupt-  
vorstand auf, dem unchristlichen Verhalten der Christlichen in  
Wachen in Sachen des Doppeltstufensystems mit aller Energie ent-  
gegenzutreten. Der Hauptvorstand wird ferner beauftragt, die  
Frage des Doppeltstufensystems, des Arbeitslohnes und der Ar-  
beitszeit in einer besonderen Schrift zu behandeln.“

Die Hirschen des Schlachtfeldes, wie wir die G.  
schon früher kennzeichneten, zeigen sich hier wieder  
unverküßt. Diese unehrliche Gesellschaft scheint ernstlich  
zu glauben, in ihrer Stellungnahme Dumme einzufin-  
gen zu können. Ach, hätten die Hirsche in Wachen die Ob-  
hand, wäre der Doppelstuhl schon längst dort eingeführt.  
In Worten waren sie ja immer groß, wenn sie Ta-  
vollführen sollten, knickten sie regelmäßig elend zusammen.  
Uns wundert nur, daß derartige Unterweisen des erst-  
Vorsitzenden der G.-D., Herrn Goldschmidt, vor sich gel-  
konnte. Hat er sich schon soweit die Erfolge der Tat  
zu eigen gemacht? A. A. W. G.

**Der Stillstand der „freien“ Gewerkschaften.** Nach  
Abrechnungen für das vergangene Jahr, hat das Vorjahr für  
Gewerkschaften eine große Enttäuschung gebracht, statt des  
warteten starken Zuwachses ist ein Stillstand eingetreten,  
sich voraussichtlich für das Jahr 1908 zu einem nicht unbedeu-  
tenden Rückgang gestaltet. Nachdem die „freien“ Gewerkschaften  
ihren Mitgliederbestand erweitert hatten, um 292 000 im Jahr  
1905 und um 345 000 im Jahre 1906, betrug der Zuwachs  
vorigen Jahre nach den Aufstellungen der Gewerkschaften  
mehr als 150 000 Mitglieder. Jetzt wird es aber in der  
sozialdemokratischen Partei und in den Gewerkschaften als  
„offenes Geheimnis“ betrachtet, daß der angegebene Zuwa-  
ch für das vergangene Jahr nicht im entferntesten erreicht wur-  
de, um für das vergangene Jahr überhaupt einen Zuwachs heranzu-  
zurechnen, müssen alle die vielen Tausende Mitglieder, die seit  
Monaten keine Beiträge mehr bezahlt haben, weiter in die  
Listen stehen gelassen werden. Wieviel es solcher still ausget-  
tencu aber noch weitergeführten Mitglieder gibt, läßt sich kaum  
schätzen, daß es sehr viele gibt, zeigt die Tatsache, daß der  
Stand des Hand Schuhmacherverbandes rund 20 Prozent der Mit-  
glieder als „Reisanten“ bezeichnet, das heißt als Mitglieder,  
die ihre Beiträge nicht mehr bezahlen. Im Jahre 1906 nach  
der Mitgliederbestand, mit Ausnahme von jenen der kleinsten  
Verbände, in allen Gewerkschaften zu, für das Jahr 1907 vor-  
genommen, daß der Mitgliederbestand in ungefähr 15 Ver-  
bänden herabgegangen ist, so hat der Holzarbeiterverband im  
Vorjahre weit über 4000 Mitglieder verloren, und im Bauhilfs-  
arbeiterverband betrug der Verlust sogar über 10 000 Mitglieder.  
Kann man im allgemeinen für das Jahr 1907 von einem Still-  
stand in der Entwicklung der „freien“ Gewerkschaften sprechen,  
so zeigen die bisherigen Ermittlungen für dieses Jahr, daß der  
Stillstand zu einem Rückgang geworden ist. Würden alle die  
Mitglieder gestrichen, die keine Beiträge mehr bezahlen, so müßte  
dieser Rückgang schon jetzt zahlenmäßig zum Ausdruck kommen.

**Kassierer und Ortskrankenkasse.** Die Ortskrankenkassen  
München, die vollständig unter sozialdemokratischer Leitung  
stehen und durch verschiedene Vorkommnisse eine gewisse Vermäh-  
heit erlangt hat, hat beschlossen, die Kassenträume an 1. Ma-  
dem sozialdemokratischen Weltfeiertage, geschlossen zu halten.  
Der Magistrat nahm in geheimer Sitzung dazu Stellung und  
sah von der Erhebung eines Einspruchs ab, weil die Rechtslage  
über die Ausübung des Aufsichtswortes nicht einwandfrei un-  
weit auch der Beschluß der Kasse fast einstimmig gefaßt worden  
sei. Daß die meisten Krankenkassen, die von Sozialdemokraten  
geleitet werden, den Zwecken der Partei dienen müssen, we-  
uns ja längst bekannt, daß dieselben aber nun auch noch dazu  
übergehen, an den sozialdemokratischen Parteifeiern die  
Kassenträume nicht zu öffnen, das hätten wir doch nicht geglaubt.  
Es wäre interessant zu erfahren, ob für den Feiertag der  
Krankenkassenbeamten auch der Lohn in Bezug gebracht wird.  
Wenn nicht, dann müssen christliche und nicht sozialdemokratische  
gestimmte Kassennmitglieder die Kosten für den roten Parteifeier-  
tag mit tragen helfen. Das alles aber hindert nicht, daß die  
gleichen Personen, wenn der Staat und die Behörden durch der-  
artige Pöflogenheiten angereizt, das Selbstverwaltungswort  
der Krankenkassen anzutasten trachten, in allen Tönen über Verge-  
wältigung usw. jammern. Daß sie es aber selber sind, die das  
Selbstverwaltungsrecht genannter Institute in höchstem Maße  
gefährden, scheint ihnen nicht aufzudämmern.

### Ueber die Bautätigkeit im Kreise Reddinghausen

„Im Laufe dieses Jahres werden im Stadt- und  
Landkreise Reddinghausen Wohnungen für 3500 Fam-  
lien hergestellt werden, größtenteils als Arbeiterkolonien  
für die Wohlenschen des Bezirks Reddinghausen. Die  
Jehde General und Blumenthal hat für die Arbeiter ihrer  
Schächte I und II im Osten der Stadt Reddinghausen  
eine neue Kolonie von 50 Wohnhäusern entstehen lassen,  
fast ausschließlich Vierfamilienhäuser, und beabsichtigt,  
im nächsten Jahre noch weitere 30-50 Häuser zu er-  
richten. In Reddinghausen-Süd errichtet die Jehde König  
Ludwig für ihre Arbeiter 32 Sechsfamilienhäuser und  
hat außerdem eine große Anzahl fertiger Häuser auf  
längere Zeit hinaus gemietet. Die Eisenbahndirektion  
Gelsen errichtet in Reddinghausen-Ost eine neue Eisen-  
bahn-Reparaturwerkstätte und läßt für die dort beschäf-  
tigten Arbeiter einen Block von 70 Arbeiterhäusern für  
je sechs Familien erbauen. Im Landkreise Redding-  
hausen betreibt in Suderwich die Jehde König Ludwig  
den Bau von vorerst 73 Wohnhäusern für je vier und  
sechs Familien und beabsichtigt, ihre Kolonie in den  
kommenden Jahren noch erheblich zu vergrößern. Im  
Benachbarten Datteln erbaut die Jehde Gieseler 22  
Wohnhäuser für Arbeiter und Beamte als Zweifamilien-  
häuser. Die Jehde Gwald erbaut nicht nur 300 Wohn-  
häuser für Arbeiter und Beamte als Drei-, Vier- und  
Sechsfamilienhäuser, sondern auch ein großes Gens-  
ungshaus, zwei Schulen und zwei Kirchen, sowie ein  
Kasino für Arbeiter und Beamte. Die staatlichen Gruben  
des Bezirks der Bergwerksdirektion Reddinghausen geben  
den Privatleuten in der Bautätigkeit nichts nach. Die  
Vergrößerung der staatlichen Grubenbetriebe wird rüstig  
weiter betrieben und die von den Staatsgruben errich-  
teten Arbeiterkolonien dehnen sich in dem Maße aus,  
wie der Ausbau der Gruben voranschreitet. Und trotz  
all dieser Bauten herrscht im Stadt- und Landkreise  
immer noch ein großer Mangel an Wohnungen für  
Arbeiter. Dazu werden die neue Eisenbahnwerkstätte  
und der Beginn des Baues am Rhein-Hannover-Stand  
weiteren großen Zufluß an Arbeitern bringen.“

Das bietet einen seltamen Kontrast mit den Klagen  
der Unternehmer, bestätigt aber auch unsere Meinung  
über den Unternehmern unterbreiteten Erklärung, nach der  
es heißt, daß das Baugewerbe in kürzerer Frist Betriebe

gend beschäftigt werden mußte. Das klagte sich auf den bestehenden Wohnungsmangel.

**Widerliche Stänkeren gegen die christlichen Gewerkschaften** seitens einiger sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneten, vor allem die roten Bergarbeiterführer, die zugleich Reichstagsvertreter sind, scheinen zu einer steigenden Kubrik zu werden. So oft im Reichstage Arbeiterfragen behandelt werden, hält diese Sorte "Arbeitervertreter" es für angebracht, über die christlichen Gewerkschaften und deren Führer herzugreifen und sie zu verächtlichen und zu beschimpfen. Daran, daß das Ansehen der gesamten Arbeiterbewegung darunter leiden muß und daß die Vertretung der zu behandelnden Interessen dadurch empfindlich gestört wird, scheinen diese würdigen "Botschafter" nicht zu bedenken. Es ist darum angebracht, diese sich immer wiederholende, arbeiterschädigende Handlungsweise seitens sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter in gebührender Weise an den Pranger zu stellen. Wenn die parteipolitischen Interessen über die Arbeiterinteressen gehen und wer sich nur von blödem Haß gegen alles, was sich christlich nennt, leiten läßt, verdient nichts Besseres. Eine solche widerliche Debatte spielte sich bei dem Wiederzusammentritt des Reichstages nach den Osterferien am 28. April ab. Auf der Tagesordnung stand u. a. eine Petition des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter zwecks Durchführung des § 142 des elsass-lothringischen Berggesetzes. Kollege Wiesberts begründete dieselbe. Anstatt nun das Interesse in erster Linie dem Antrag zuzuwenden, benutzte der durch seine eigenartigen Prozesse bekannt gewordene sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für Mühlhausen i. E. Emmel die Gelegenheit, um über die christlichen Gewerkschaften und den Führer in besonderer sozialdemokratischer Manier herzufallen. Der Vorsitzende des roten Bergarbeiterverbandes und Reichstagsabgeordnete Schöpe sekundierte ihm, und der Krampf war fertig. Ueber die Interessen der elsass-lothringischen Bergleute wurde, dank der zahlreich sozialdemokratischer "Arbeiterführer", nicht mehr gesprochen, so daß Kollege Wiesberts mit Recht anführte, daß dadurch die Einseitigkeit in der Aktion gestört und in ein Ubes Ausgeartet sei. Das Urteil darüber überlasse er der Arbeitererschaft im Lande. Der Abgeordnete Erzberger schrieb dem Herrn Emmel u. a. ins Stammbuch:

Es ist ein höchst eigenartiges Verhalten dieses Abgeordneten, wenn er denjenigen Abgeordneten, welche sich als Vertreter der Arbeiter hier im Hause fühlen, in den Rücken fällt, anstatt mit ihnen an dem gleichen Strick in der gleichen Richtung zu ziehen. Der Abg. Emmel hat ein ähnliches Verhalten schon einmal in der Budgetkommission eingeschlagen, dort hat ihn aber sein Parteiführer Singer so zugebittelt, daß es nicht nötig ist, hier darauf zurückzukommen. Uebrigens ist die sozialdemokratische Abgeordnete Emmel doch auch schon jahrelang im Landbesatzung, ohne daß er es je für nötig gefunden hätte, in dieser Frage eine Aktion in die Wege zu leiten.

Mit Recht führte Kollege Behrens an: Wenn im Reichstage einmütig für gerechte Arbeiterforderungen eingetreten wird, werden von sozialdemokratischer Seite stets Fragen in die Debatte gezogen, welche die sachliche Debatte zu einer ganz elenden Stänkeren machen. Herr Schöpe hat als besonderes Verdienst betrachtet, wenn er meine Stellung zum Vereinsgesetz zum ersten Male hier klarlegte. Das wird wohl nun noch häufiger geschehen; ich mache aber, was ich für richtig erachte. Ich halte es für kein Verbrechen, wenn ein Vertreter der Arbeiterschaft mit den Unternehmern bei Verhandlungen an einem Tische sitzt, denn wir sind verpflichtet, die Interessen des Bergbaues zu fördern. Wie ich die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten habe, darüber haben Sie (zu den Sozialdemokraten) mit keine Vorschriften zu machen. Es gibt nachgerade keinen einzigen Arbeitervertreter mehr — ausgenommen natürlich diejenigen, die zu Ihnen gehören — dem Sie (zu den Sozialdemokraten) nicht schon den Titel "Arbeitervertreter" ausgehängt hätten. Aber das zieht nicht mehr; die Arbeiter wissen, was sie davon zu halten haben. Eine Besserung ist deshalb von diesen sozialdemokratischen "Arbeitervertretern" nicht zu erwarten. Was schert sie die Arbeiterinteressen, wenn sie nicht dabei ihrem Haß gegen die christlichen Gewerkschaften die Zügel schmeißen lassen können. Ein erwartig arbeiterschädigendes Verhalten gehört an den Pranger.

### Wirtschaftliche Bewegung.

Zuzug fernhalten: Weipenburg i. G., Aussperrung (Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter). Gesperrt ist das Baugeschäft Erdmann in Bischofsheim, Ostpr.

### Bezirk Köln.

Walheim, 25. April. (Steinarbeiter.) Der Kampf in den neuen Walheimer Kalkwerken, welcher 13 Wochen gedauert hat und gegen den Tarifbruch und eingeführten Lohnvergleicherungen geführt wurde, mußte dank der vorhandenen arbeitswilligen abgebrochen werden. Der Kampf ist mit überster Energie und Disziplin geführt worden. Den traurigen Lohn haben sich die Arbeitswilligen erworben, die alle, ohne in den Betrieb hineinkommen, genügend aufgeklärt waren, was es sich handelte. Es waren teils Ausländer (Italiener und Kroaten), der größere Teil aber Deutsche, darunter auch ein "freie" Gewerkschaftler, welche sich sogar als waschliche Genossen gebrüht haben; darunter waren sogar drei Vorstandsmitglieder des allgemeinen deutschen Radfahrervereins. Wahrlich, dieser Verein, der unseres Wissens in der roten Partei ja auch eine Rolle spielt, kann auf solche Komplexe, welche auch noch eine führende Rolle spielen, stolz sein. Es zeigt sich immer mehr, wie die Brüderlichkeit auf jener Seite in der Praxis gepflegt wird. Wenn der Gessse Kessel in Aachen, welcher, wie der "Grundstein" schreibt, Vorsitzender des Gewerkschaftskartells ist, glaubt, weiter nichts tun zu brauchen, als nur mal nach dem Kalkofen zu sehen und seine Getreuen aufzusuchen und dann über die christlichen zu schimpfen, so trifft vorstehender Satz auch auf ihn zu, denn hier waren es auch wieder christlich organisierte Kämpfer und da freut man sich, wenn diese unterliegen, da es auch beim Aachener Streik der Fall war. Die Macht der Verhältnisse waren hier stärker, wie der gute Wille unserer Kollegen. Wenn auch greifbare materielle Erfolge nicht erreicht sind, die Firma hat aber die Stärke und Einigkeit der Organisation erkannt. Wenn wir auch mit erbitterten Gefühlen im Kampf beendeten haben, so haben wir das Bewußtsein, daß die Organisation nicht schuld daran ist. Diese hat alles getan, was sie konnte.

### Verbandsnachrichten.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Beschlüsse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

### Stukkateure.

Mannheim. Am 16. April fand unsere regelmäßige Versammlung statt. Kollege Hof. Fischer gab einen ausführlichen Be-

richt über den Tarifabschluß, der am 6. April zustande gekommen ist. Aus diesen Ausführungen konnte man ersehen, daß die Kommission eine schwierige Aufgabe hatte. Aber es muß bei der jetzigen Lage anerkannt werden, daß mehr nicht zu erreichen war, wenn man das Verhalten der Freien im Auge behält, die sie kein Mittel scheuten, sich bei den Arbeitgebern anzubieten, die Arbeit billiger zu liefern, nur um den Christlichen ein auszuweichen, sie überlegten aber dabei nicht, daß sie sich ins eigene Fleisch schneiden und den Unternehmern nur Material lieferten, damit sie leichtes Spiel hatten bei dem Abschluß. Daß das energische Einschreiten unserer Kollegen in den Sitzungen und Versammlungen den Freien stark auf die Nerven gefallen ist, zeigt der Artikel im "Stukkateure" Nr. 16, wo er schreibt: "Die zweifelhafte Haltung der Christlichen, wo sie sich auf das hohe Pferd schwingen und große Reden führen, daß man meinte, sie wären gar nicht christlich organisiert." Aber die hohen Phrasen können und werden uns hier auch in Zukunft nicht fördern. Die Wahrheit darf aber nicht auf den Kopf gestellt werden, wie es da wieder der Fall war bei den Freien, wo sie das als grobe Unwahrheit hinstellten, daß Obergrenze Obenthal schon vor den Verhandlungen den Tarif fertiggestellt hatte. Als Beweis für unsere Behauptung können wir feststellen, daß das Formular schon vollständig mit der Schreibmaschine geschrieben vorlag. Weiter wird geschrieben, die Christlichen hätten das Gericht ausgesprengt, ihre Vertreter hätten nicht unterzeichnet. Das können wir nur als Lüge betrachten; jedoch umgekehrt wird nichts davon geschrieben, daß der Vertreter von der Filiale Ludwigshafen nicht unterzeichnet hat; was letzteren dazu veranlaßte, das wissen wir ganz genau und wollen es der Öffentlichkeit nicht vorenthalten, nämlich die Anerkennung der Christlichen. Darum Kollegen, wenn einer in die Lage kommt in Ludwigshafen in Arbeit zu treten, und auf diese Weise auf Hindernisse stößt, soll er es bei der Verwaltung der Filiale Mannheim, Lokal: St. Pfälzer Hof S. 2. 21, melden. Weiteres wollen wir heute auf das Geschriebene nicht erwidern, aber wir sind immer noch da, wenn es nicht genug ist. An unsere Kollegen appellieren wir, das Erreichte streng einzuhalten, wie es bis dahin geschehen ist. Jeder möge fleißig agitieren, auf daß der letzte Indifferente in unsere Reihen aufgenommen wird und wir vollständig gerüstet dastehen, wenn 1910 der Tarif abläuft.

### Maurer.

Darmen. (M. und B.) Außerordentlich anregend verlief unsere letzte außerordentliche Mitgliederversammlung. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung waren die Kollegen schriftlich eingeladen. Die Versammlung war denn auch demgemäß besetzt. So sollte es aber immer sein in den regelmäßigen Mitgliederversammlungen, wenigstens in der jetzigen Zeit, auch ohne schriftliche Einladung. Neben dem Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern in Berlin stand die Lokalfrage auf der Tagesordnung. Zu diesem Punkte lagen verschiedene Beschwerden vor, die es notwendig machten, dagegen Stellung zu nehmen. Nachdem diese Beschwerden den Kollegen mitgeteilt waren, wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, aus dem alten Lokale auszugehen und das vom Vorstand vorgezeichnete Lokal D. h. n. e. s. h. o. f., Höhnstraße, als zukünftiges Tagungsort genehmigt. Ueber die Verhandlungen mit den Arbeitgebern in Berlin wurde berichtet, daß das Resultat nicht befriedigend sei. Im Besonderen teile ein Kollege mit, wie man auf Seiten der Verbände habe bei einer Firma den Quadratmeter Lonnengewölbe für 1,75 M übernommen und seinen Kollegen den Quadratmeter für 60 Pf. weiter verbergen. Der Kollege habe also beinahe 75 Prozent an seinen Mitkollegen verdienen wollen. Bei einer solchen Ausbeutung in den eigenen Reihen dürften die Genossen sich nicht beschweren, wenn die Unternehmer daselbst tun. Die Beratungen dieser Versammlung hatten ganz besonders auffällig gewirkt, mögen unsere Kollegen sorgen, daß auch dieses auf den Arbeitsstätten geschieht, damit die Bauarbeiter endlich erkennen, wo ihre Interessen eine ehrliche Vertretung finden.

Miel. Am Sonntag, den 5. April, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Nach einer herzlichen Begrüßung durch den Vorsitzenden Kollegen Segietz erstattete derselbe den Jahresbericht. Aus demselben ist zu entnehmen, daß es den einzelnen Kollegen kein leichtes war, auch hier in Miel sich christlich organisieren zu können. Aber trotz der vielen Angriffe seitens der Genossen gingen die Kollegen tapfer an die Arbeit, so daß am 9. Juni vorigen Jahres die Gründung einer Verwaltungsstelle vorgenommen werden konnte. Das verfloßene Jahr war für uns ein Jahr der Arbeit, und wie die Arbeit, so der Lohn. Wir können konstatieren, daß der Samen, den wir gesät haben, uns reiche Früchte gebracht hat, denn es sind doch schon 48 Kollegen aus dem "freien" Verbände übergetreten bzw. aufgenommen worden. Im zweiten Punkt der Tagesordnung hielt der Vorsitzende vom Ortskartell, Kollege Zelt, einen Vortrag: "Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage". Mit spannender Aufmerksamkeit lauschten die Kollegen dem Vortrage. Der Redner schloß mit der Aufforderung, daß die Anwesenden darauf dringen müßten, daß unsere Verwaltungsstelle im kommenden Jahre beim Abschluß des Tarifes berücksichtigt werde. Reicher Beifall lohnte den Redner. Im dritten Punkt "Vorstandswechsel" sind folgende Kollegen neu resp. wiedergewählt worden: als erster Vorsitzender Kollege Segietz (Maurer), als zweiter Kollege Sabel (Stukkateur); als erster Kassierer Kollege Johann Wodarz; als erster Schriftführer Kollege Franz Kraumy; zu Hausfassierer die Kollegen Jos. Wafzyl und Jos. Kraumy. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an und versprachen nach Kräften im Interesse der guten Sache zu arbeiten. Nachdem noch drei Aufnahmen gemacht waren, ernannte der Vorsitzende die Kollegen, mit ihm Hand in Hand zu arbeiten. Mit einem dreifachen Hoch auf das Gelingen und Gedeihen des Verbandes schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Münster i. W. Am Sonntag, den 26. April, fand eine gemeinschaftliche Mitgliederversammlung der Maurer und Bauhilfsarbeiter statt mit folgender Tagesordnung: 1. Kassierenbericht vom ersten Quartal. 2. Jahresbericht der Verwaltungsstelle und des Lokalbeamten. 3. Verschiedenes. Die Einnahmen für das erste Quartal betrugen für die Zentrale 789,10 M., die Ausgaben 46,20 M.; die Einnahmen der Lokalfiliale betrugen sich auf 1966,55 M., die Ausgaben auf 864,34 M. Der Lokalfassenbestand für das nächste Quartal beträgt 1102,21 M. Da die Redirektoren die Kasse und Bücher geprüft und für richtig befunden erklärten, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Der Bericht der Verwaltungsstelle war folgender: Im Marken sind verkauft worden: 14.436 zu 55, 9835 zu 45, 693 zu 35, 617 zu 25, 187 zu 20 Pf. An Extramarken 2415 zu 50, 1422 zu 40 und 73 zu 30 Pf. An Eintrittsmarken 240 Stück. An Winteragitationsmarken 5218 zu 10 Pf., Futterale wurden verkauft 45 Stück. Die Gesamteinnahme für die Zentrale betrug 13.255,78 M. Die Ausgaben für die Zentrale waren folgende: An Krankengeld für 1545 Tage in 58 Fällen 682,10 M., an Sterbegeld für Mitglieder in fünf Fällen 221 M., für Frauen der Mitglieder in vier Fällen 157 M. Somit eine Gesamtausgabe für die Zentrale von 1060,10 M. Die Einnahmen für die Verwaltungsstelle waren insgesamt 4657,96 M., die Ausgaben betrugen 3555,15 M.; es bleibt somit ein Kassenbestand von 1102,21 M. An Rechtschutz wurden erledigt: 11 Fälle wegen Entlassung ohne genügende Kündigung, fünf Fälle wurden davon durch das Gewerbegericht zugunsten der Kollegen erledigt; 6 Fälle durch die Kommissar der Arbeitslosenkommission; 3 Fälle mußten durch das Amtsgericht erledigt

werden. Wegen Krankenkassen-Angelegenheiten wurden fünf Fälle erledigt, Unfallangelegenheiten vier Fälle. 16 mal wurden bei der Aufsichtsbekörbe Anzeige erstattet wegen schlechter Baubuden, Aborte und Ausführung der Maurerarbeiten. Neunmal mußte die Berufsgenossenschaft in Anspruch genommen werden infolge schlechter Gerichte und Abdeckungen. Der Arbeitsnachweis wurde wenig in Anspruch genommen. Es wurde für 86 Kollegen Arbeit vermittelt. Die Konjunktur ist in den vergangenen Jahre eine schlechte, auch in diesem Jahre bestand kein Anzeichen von Besserung da. Der Mitgliederbestand betrug am 1. April vorigen Jahres 815, in diesem Jahre 887. Der Abgang von 228 Mitgliedern ist auf die schlechte Baukonjunktur zurückzuführen. Auswärtige Maurer und Bauhilfsarbeiter sind gegenwärtig keine in Münster zu verzeichnen, wogegen wir in früheren Jahren über 300 in unserer Verwaltungsstelle hatten. Den besten Beweis dafür bietet die Ortskrankenkasse für das Baugeschäft; am Schluß des Jahres 1906 hatte diese noch 2400 Mitglieder, jetzt 1200, mithin rund 1200 Mitglieder weniger. Was die Agitation auf den Bauten anbelangt, blieb manches zu wünschen übrig. Das Baudelegiertenwesen will noch nicht richtig funktionieren. Der Lokalbeamte war häufig gezwungen, die Baudelegierten selbst zu ernennen, weil die Kollegen nicht den Mut hatten, selbst einen zu wählen. Die Baudelegierten-Versammlungen waren im großen und ganzen mangelhaft besetzt. Das Hausfassierwesen ließ ebenfalls zu wünschen übrig, infolge des häufigen Wechsels. Die Kollegen haben noch nicht das richtige Interesse für den Verband; möge dieses in Zukunft besser werden. Der Besuch der Versammlungen war ebenfalls ein mangelhafter, es haben im Durchschnitt noch keine 30 Prozent der Mitglieder die Versammlungen besucht. Persönliche Angelegenheiten sind es häufig, die zu diesen Zuständen führen. Unter "Verschiedenes" wurden einige Angelegenheiten der städtischen Verwaltung zur Sprache gebracht; betreffend die Beschäftigung ausländischer Arbeiter beauftragt die Versammlung den Lokalbeamten, dagegen Stellung zu nehmen. Nach einer lebhaften Diskussion über diese Angelegenheit wurde die Versammlung ihrem Ende zugeführt.

Münster, vergangenen Dienstag, den 28. April, fand im Verkehrslokal Zum goldenen Schwan in Münster eine allgemeine christliche "Versammlungsversammlung" statt. In trefflicher Weise referierte Arbeitersekretär Kollege Troppmann über die Arbeitskammerfrage. Nach den Ausführungen des Referenten wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: "Die heutige Versammlung des Ortskartells der christlichen Gewerkschaften zu Münster nimmt nach Anhörung eines Referates über den gegenwärtig dem Reichstage vorliegenden Gesetzentwurf betreffend die Errichtung von Arbeitskammern folgende Stellung ein: Die Versammlung erklärt sich für Schaffung paritätischer Arbeitskammern. Der Anschlag an die Berufsgenossenschaften ist jedoch verfehlt. Es sollen dieselben selbständige Institutionen sein unter Tragung der Kosten durch den Staat und auf keinen Fall durch die Berufsgenossenschaften. Bezüglich der Frage, ob sachliche oder territoriale Gliederung der Kammern vorzuziehen ist, erklärt die Versammlung die Schaffung von lokalen Kammern, welche in den Industriezentren zu errichten wären und beruflich in Sektionen geteilt werden könnten, als die geeignetste Form. Diese örtlichen Kammern könnten zusammengefaßt werden in Bezirkskammern mit der Zentrale im Reichsarbeitsamt. Diese Form kann auch kleinere Industrieorte und das flache Land genügend berücksichtigen. Bezüglich des Personalreizes, der durch das Gesetz berührt werden soll, wird die Einbeziehung der Staatsarbeiter, Handwerksgehilfen, und der Landarbeiter für notwendig erklärt. Die Wahl der Arbeitervertreter in den Arbeitskammern soll direkt geheim und nach dem Prinzip der Verhältniswahl vollzogen werden. Die im Entwurf vorgesehene indirekte Wahl der Vertreter, durch die zum Teil nur mangelhaft und nicht nach gesetzlichen Normen eingerichtete Arbeiterausschüsse und ferner durch die Vertreter der Arbeiter bei Beratung der Unfallversicherungsbestimmungen, welche letztere aus einem dreifachen indirekten Wahlgang hervorgehen, ist nicht geeignet, eine im vollen Besitz des Vertrauens der Arbeiterschaft stehende Vertretung in unserer wichtigen sozialen Institution herbeizuführen."

Schneidemühl. Nach einer erfolgreichen Hausagitation unter den Maurern und Zimmerern ist es uns gelungen, auch im hiesigen Orte die christlichen Gewerkschaften einzuführen. Bis dahin hatten die Kollegen keine Kenntnis davon, daß neben den sozialdemokratischen auch christliche Gewerkschaften bestehen, welche die wirtschaftlichen Interessen ebenso, wenn nicht noch wirksamer wie die Sozialdemokratie, vertreten. Daß der Boden hiesigen Orts für die roten so geeignet war, daran tragen die "Berliner" mit ihrer Fachabteilung die Schuld. Der Streitbruch im Jahre 1906 am königlichen Schloß in Posen sowie im vorigen Jahre in Kolmar in Posen lieferte alle christlich gesinnten Kollegen der Sozialdemokratie aus, dieselben wurden dadurch auch zum Teil durch einen unerhörten Zwang in jene Verbände hineingepreßt. Ein anderer Teil wurde indifferent. Nach einer Besprechung wurde nunmehr eine vom Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter arrangierte Versammlung abgehalten, in der Kollege Einzel-Posen über Zweck und Ziele christlicher Gewerkschaften, insbesondere des Zentralverbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter referierte. 14 Kollegen ließen sich sofort aufnehmen und ist somit der Anfang gemacht. Es liegt jetzt an den Kollegen, Maurern und Zimmerern von Schneidemühl, fräftig die Agitation zu betreiben. Der Kassierer der Zahlstelle Schneidemühl, Kollege F. Radke, Zimmerer, wohnt Brauerstraße 112, dort können sich alle zugerechneten Kollegen zum Eintritt in den Verband melden. Versammlungen finden alle vierzehn Tage im Restaurant Krause, Güterbahnstraße, statt. Dort können ebenfalls fremde Kollegen wie Mitglieder sonstiger Vereine billig und gutes Logis bekommen.

### Volkswirtschaftliches u. Soziales.

Genossenschaftsbank christlicher Arbeiterorganisationen der Schweiz. Ein einzigartig in ganz Europa dastehendes Institut haben sich die christlichen Arbeiterorganisationen der Schweiz in ihrer Genossenschaftsbank geschaffen. Bisher ist u. a. noch kein weiterer Versuch dieser Art von irgend einer Seite gemacht worden. Die Bank wurde am 1. Juli 1905 zu St. Gallen eröffnet und hat dieselbe unter sachkundiger Leitung einen erfreulichen Aufschwung genommen. Der Geschäftsbericht für das Jahr 1907 weist einen unerwarteten Fortschritt in allen Zweigen der Banktätigkeit auf. Ganz ungewöhnliche Zahlen bezeugen uns in allen Rubriken. Man spricht von Hunderttausenden und Millionen. Die Bank hat den besonderen Zweck, die Spargelder der Mitglieder der Organisationen aufzunehmen und zinsbringend anzulegen, so daß der Gewinn immer wieder der Organisation zufließt durch den Zentralverband christlicher Arbeiterorganisationen. So konnten dieses Jahr 1600 M. an den Zentralverband abgegeben werden, eine Summe, welche verloren gegangen wäre für die Arbeiter, wenn nicht die Bank dagewesen. Im weiteren ist die Bank im Falle, 6400 M. in den Reservefonds zu legen, so daß derselbe nun 16.000 M. beträgt. Will man fragen, ob die Bank auch Garantie bietet für Sicherheit, da kann mit ruhigem Gewissen geantwortet werden: "Ja!" Das Garantiekapital beträgt 400.000 M., welche Summe größtenteils in der Bank hinterlegt ist. Es ist schon gar manches geschaffen worden durch die Bank, was hätte unterlassen werden müssen ohne dieselbe.

**Die Industrialisierung Wadens macht Fortschritte.** Nach den Mitteilungen des Statistischen Landesamtes wurden am 1. Oktober des Vorjahres 10142 fabrikmäßige Betriebe gezählt; dieselben weisen eine Vermehrung von 30,8 Prozent auf. Mit dem Anwachsen der Industrie ist auch eine steigende Anwendung motorischer Kraft zu verzeichnen. Die Zahl der Motorenbetriebe ist in den letzten fünf Jahren um 25 Prozent gestiegen und beträgt die Zahl derselben jetzt 7421. Wasser- und Dampfkraft wird vielfach durch Elektrizität verdrängt. Die Betriebe mit Wasserkraft sind 2337 auf 1970 zurückgegangen; die Dampfkraftbetriebe sind noch von 992 auf 1150 gestiegen, dagegen sind aber die elektrische Kraft benutzenden Betriebe von 981 auf 2156 angewachsen. Die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter stieg von 191 128 auf 235 327. Jede neunte Person des Landes ist jetzt in der Industrie beschäftigt. Mit dieser Vermehrung ist eine nach jeder Seite hin unerfreuliche Wahrnehmung zu verzeichnen. Es ist dies die um 45,5 Prozent gestiegene Zahl der Arbeiterinnen und die um 39,1 Prozent gestiegene Vermehrung der jugendlichen Arbeiter. 91,9 Prozent der Arbeiter waren Erwachsene, d. h. über 16 Jahre alt. Von den Jugendlichen entfällt der größte Teil auf die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel. Die Betriebe, welche jugendliche Arbeiter beschäftigen, stiegen von 2734 auf 3805. Die Arbeiterinnen machen bereits ein Drittel aller Arbeiter aus; insgesamt werden 72 498 beschäftigt. Dabei nimmt die Zahl der verheirateten oder verwitweten Arbeiterinnen ständig zu. In den letzten fünf Jahren allein stieg dieselbe um 5786 und beträgt jetzt 23 634. In den reibungsplüchtigen Handwerkerbetrieben ist ebenfalls eine Zunahme zu verzeichnen. In 8860 Betrieben sind 23 010 Personen beschäftigt. Insgesamt unterlagen am 1. Oktober vorigen Jahres 18 502 Betriebe mit 258 337 Personen der gewerblichen Aufsicht. Welch reiches Arbeitsgebiet liegt da für unsere christliche Arbeiterbewegung noch vor uns, das es zu bestreiten gilt. Der „Volksheld“ bemerkt zu den obigen Zahlen als Resümee: „Die Industrie ist also in Waden in der Zunahme begriffen und mit ihr wird wachsen — die Sozialdemokratie.“ Wohl, nehmen wir den Kampf mit ihr auf, denn auch die christliche Arbeiterbewegung wird und muß wachsen. Daß sie es tut, dazu kam jeder einzelne christliche Arbeiter sein Teil beitragen.

**Literarisches.**

Im „Christlichen Gewerkschaftsverlag“ (A. Stegerwald-Köln, Palmstraße 14) ist soeben erschienen:

„Internationale Verbindungen der christlichen Textilarbeiterorganisationen unter besonderer Berücksichtigung der seit dem Jahre 1900 abgehaltenen Berufskonferenzen und Kongresse“.

Herausgegeben von der Leitung der Internationalen Vereinigung christlicher Textilarbeiterorganisationen. (E. M. Schiffer-Düsseldorf) 162 Seiten, Preis 40 Pf.

Das Werkchen enthält in der Einleitung eine kurze Abhandlung über die Frage der internationalen Betätigung der christlichen Gewerkschaften und Statistisches über die christliche Gewerkschaftsbewegung in verschiedenen Ländern. Im übrigen sind die Verhandlungen der internationalen Berufskonferenzen und Kongresse der christlichen Textilarbeiterorganisationen (1900—1907) protokolllarisch wiedergegeben, ebenso fand Berücksichtigung der allgemeine internationale Textilarbeiterkongress 1902 in Zürich, wo prinzipielle Differenzen mit den sozialistischen Verbänden ausgefochten wurden, ferner der von den christlichen Organisationen Deutschlands, Hollands, Belgiens, der Schweiz und Oesterreichs abgeschlossene Kartellvertrag.

Die Broschüre dürfte gerade zur Zeit wertvoll sein, weil voraussichtlich im Juli 1908 eine allgemeine internationale christliche Gewerkschaftskonferenz stattfindet.

**Anleitung zur Inanspruchnahme des deutschen Vereins- und Versammlungsrechts auf Grund des Reichsvereinsgesetzes.** Die Vereinsgesetze der einzelnen Bundesstaaten werden bekanntlich nunmehr durch das Reichsvereinsgesetz abgelöst. Ueber dieses erscheint, ob seiner Neuheit, ein Leitfaß sehr notwendig. Ein solcher ist soeben im christlichen Gewerkschaftsverlag, Köln, Palmstr. 14, erschienen, der Kollegen Schiffer zum Verfasser hat. Schiffer ist bekanntlich Mitglied des Reichstages und gehörte der Kommission zur Beratung des Reichsvereinsgesetzes an, so daß er über den Willen des Gesetzgebers in allen Einzelheiten orientiert ist. Dieser Umstand kommt dem bezeichnenden Schriftchen sehr zu statten. Aus dem Inhalt heben wir folgende Hauptkapitel hervor: Vom Vereins- und Versammlungsrecht im allgemeinen, Das Koalitionsrecht der Arbeiter, Von den Vereinen, Anmeldepflicht öffentlicher Versammlungen, Der Versammlungsleiter, Versammlungen unter freiem Himmel und öffentliche Aufzüge, Versammlungen und Polizei, Der Sprachenparagraf — Plakatewesen — Flugblattverteilung, Wortlaut des Gesetzes. Mit die Mitglieder wird das Schriftchen um 20 Pf. verabfolgt. Eine bessere (Buchhandlungs-)Ausgabe kostet 50 Pf.

**Die Gewerkschaften und vaterländische Arbeitervereine** Ueber vorstehendes Thema ist in dem Verlage der Wochenzeitung „Die Arbeit“, G. Friedeborn zu Wodum, eine Broschüre, bearbeitet von dem Gewerkschaftssekretär Waldbaum (Wiesfeld) und Gutsche (St. Johann), sowie des Redakteurs Mastenbeul und Reichstagsabgeordneter Franz Behrens erschienen. Die Broschüre behandelt ein aktuelles Gebiet und kann bei dem billigen Preise von 15 Pf. die sofortige Bestellung empfohlen werden. P. Lie. Weber, Die sozialpolitische Gesetzgebung des Deutschen Reiches in den letzten zehn Jahren, Druck und Verlag der Duisburger Zeitung, 1907.

Auf knappen 31 Seiten führt uns mit diesem Schriftchen der unvergängliche Wortkämpfer auf sozial-politischem Gebiete durch das beschlossene Jahrzehnt solider Reformarbeit. Es versteht sich von selbst, daß wir bei diesem sozialgeschichtlichen Spaziergang an der Hand unseres kundigen Führers auf Schritt und Tritt der Persönlichkeit und den Spuren des Grafen P.adowski begegnen, des Sozialspezialisten in der gesetzgebenden Tätigkeit der letzten 10 Jahre. In übersichtlicher Weise, unter Verzicht auf jede Weißwaisigkeit das Notwendige prägnant und verständlich bringend, gibt Lie. Weber einen Anruf der gelebten Gesetzgebungsarbeit. Es würde zu weit führen, wollten diese empfehlenden Worte des Näheren darauf eingehen, die uns von den Novellen zu der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung an die wichtigsten sozialgeschichtlichen Maßnahmen vorgeführt werden, die hauptsächlich in den Ausblick auf die Witwen- und Waisenversicherung einmünden. Das Schriftchen ist ein vorzügliches Hilfsmittel, sowohl für Diskussionsabende, wie auch für große öffentliche Versammlungen. Wir wünschen es in die Hand jedes Mitgliedes der Arbeitervereine und der christlichen Gewerkschaften und ganz besonders auch recht vieler Sozialdemokraten.

Das „Reformblatt für Arbeiterversicherung“. Herausgeber: Major Hans Seelmann, Mitglied des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt Oldenburg, erscheint zweimal monatlich unter Mitarbeit erster Autoren und berichtet über die Fortschritte der Arbeiterversicherung in allen Kulturpunkten. In der Rubrik „Archiv für Versicherungsreform“ wird das gesamte auf die Reform bezügliche Material gesammelt, so daß die Lesure des Reformblattes für alle Sozialpolitiker, die sich mit diesem wichtigen Problem beschäftigen, unentbehrlich ist. Abonnement 3,50 M. pro Halbjahr. Probeummern gratis und franco vom Verlag des Reformblattes Frankfurt a. M., Hochstraße 41.

**Von den Arbeitsstellen.**

Berlin, den 29. April. Ein schwerer Unglücksfall hat sich auf dem Grundstück Giesendorferstraße 4 in Groß-Lichterfelde zugetragen. Der 27jährige Arbeiter Emil Krüger, Gohlfstr. 22 in Berlin wohnhaft, war auf dem genannten Grundstück, an welchem Reparaturarbeiten auf dem Dache ausgeführt werden, beschäftigt und trug gegen 2 Uhr eine Wolle Wirtel hinauf. In dem Augenblicke, in welchem er mit der Last von der Leiter nach dem Dache hinübersteigen wollte, verlor er das Gleichgewicht und stürzte kopfüber auf den gepflasterten Hof hinab. Der Verunglückte blieb liegen. Der Verunglückte verstarb bald darauf im Kreiskrankenhause zu Groß-Lichterfelde, wohin er gebracht worden war, an den Folgen einer schweren Schädelverletzung.

Berlin, den 30. April. Auf dem Neubau Jagowstraße 17 in Spandau ereignete sich ein folgenschwerer Gerüstzusammenbruch. Als die drei Steinträger, Otto Pfühner, G. Menz und Leopold Trägner mit ihren Lasten oben auf das Gerüst gelangt waren, brachen plötzlich die Gerüstbretter, auf denen noch der Maurer Martin Strömung stand, durch, und die vier saukten in die Tiefe. Menz und Trägner kamen mit leichten Verletzungen davon. Dagegen mußten Pfühner und Strömung, über zugerichtet, fortgetragen werden.

**Bekanntmachung des Vorstandes.**

Die bisherigen Quittungen über eingesandte Gelder an die Hauptkasse fallen fort. In Zukunft werden die Geldsendungen in der „Baugewerkschaft“ veröffentlicht und zwar wöchentlich.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Fr. Jacobi, Berlin O. 17, Müdersdorfer Str. 60, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 1. Januar bis 30 April sind folgende Beträge eingegangen\*):

- a) Für Beiträge und Eintrittsgelder: Coblenz 40 M.; Worms 19 M.; Coesfeld 55 M.; Kirchhimsbergen 29,10 M.; Gannstatt 35,02 M.; Hasdorf 21,48 M.; Bünde 17,26 M.; Wehla 3,20 M.; Wriewiler 21,70 M. (07); Bochum 700 M. (07); Blankenau 26,99 M.; Mengerskirchen 50,60 M.; Berl 130 M.; Lechhausen 0,60 M.; Dorchheim 12,40 M.; Schrimm 37,41 M. (07); Glanenburg 9,75 M.; Suttrop 9,30 M.; Malmedy 37,40 M.; Coesfeld 100 M.; Biernheim 3,60 M.; Wustrow 72,65 M.; Altendörge 59,25 M.; Colmar 36,47 M. (07); Oberhausen 600 M.; Welbert 2 M.; Purlaring 12,32 M.; Scherfede 3,87 M.; Everswinkel 30,61 M.; Schwandorf 22,75 M.; Lettingen 70 M.; Steinhagen 24,48 M.; Lauingen 55,78 M.; Hannover (Hilfsarbeiter) 100 M. (07); Bochum 800 M. (07); Gladbeck 132,13 M. (07); M.-Gladbach 400 M. (07); Krayberg 56,85 M.; Oberhausen 16,98 M.; Berth 10,37 M.; Hainzell 7,05 M.; Münster 200 M.; Hötensleben 72,80 M. (07); Wilsbiburg 44,81 M.; Beneschau 21,75 M.; Neujoerg 8,93 M.; Jahr 8,50 M.; Ullm 7,38 M.; Jahr (Wagner, Einzelzahler) 5,30 M.; Neustadt Westpr. 151,17 M.; Gildesheim 300 M.; Mühlhausen Thür. 8,54 M.; Reichelsheim 6,97 M.; Flatow 17,68 M.; Jaberzh 22 M.; Brehme 23,63 M.; Blotho 24,14 M.; Soest 92,45 M.; Raderstadt 102,30 M.; Abagen 17,13 M.; Frickhofen 12,80 M.; Wfaufhausen 10,88 M.; Hüssel 20,22 M.; Wending 24,26 M.; Wilhelmshaven 36,31 M.; Allenstein (S.) 43,19 M.; Minden 44,63 M.; Jngolstadt 78,07 M.; Dortmund 800 M.; Tappan 33,87 M.; Bischofferode 31,15 M.; Wingen 85,87 M.; Cham 109,98 M.; Dinkelsbühl 25,60 M.; Dülmen 168,53 M.; Detmold 140,55 M.; Elbing 4,60 M.; Esen 2400 M.; Gronau 146,30 M.; Kempen 9,91 M.; Mainz 50,76 M.; Memmingen 15,20 M.; Norden 16,07 M.; Rottenberg 22,29 M.; Rheine 323,41 M.; Straßburg (E.) 66,93 M.; Weßhausen 150,40 M.; Wiesfeld 34,55 M.; Passau 33,87 M.; Raufbeuren 19,72 M.; Lindenhofshausen 11,56 M.; Offenau 3,60 M.; Bratel 47,70 M.; Lüchtringen 50,25 M.; Braunsberg 41,08 M.; Aurich 54,57 M.; Lubwigshafen 74,53 M.; Dillingen 92,40 M.; Telle 146 M.; Heidelberg 180 M.; Siegen 400 M.; Nachen 800 M.; Unna 32,57 M.; Weiden 88,33 M.; Berl 70 M.; Stadlohn 56,97 M.; Wustrow 54,30 M.; Donaufauf 44,11 M.; Lindau Bodensee 38,81 M.; Munsiedel 36,25 M.; Wingen 43,55 M.; Juchbad 18,80 M.; Kiel 18,75 M.; Marktredwitz 17,60 M.; Frießing 10 M.; Jordan-Paradies 7,89 M.; Konstanz 20 M.; Sendenhorst 200,95 M.; Lügde 61,25 M.; Hartegasse 41,40 M.; Königsgberg (S.) 22,77 M.; Königsgberg (W.) 275,43 M.; Wimbisch-Eichenbach 26,78 M.; Emmer 83,56 M.; Koflen 180,70 M.; Cloppenburg 31,95 M.; Bieh 32,76 M.; Mandelstoft 17,68 M.; Köching 13,20 M.; Neumarkt (Pfalz) 10,25 M.; Floß 13 M.; Oßrhü 44,80 M.; Gohlfüh 82,12 M.; Duisburg 957,23 M.; Freiburg (Sipser) 2,55 M.; Lauingen 8 M.; Marienburg 11 M.; Weingarten 22,40 M.; Sattenhausen 22,70 M.; Dorndorf 28,63 M.; Pippstadt 35,30 M.; Dehnhausen 35 M.; Warendorf 84,58 M.; Lübberg 157,69 M.; Teigte 171,50 M.; Haren 214,24 M.; Oberhausen 659,57 M.; Hannover 1000 M.; Solingen 354,20 M.; Hamm 200 M.; Münster (W.) 533,90 M.; Greven 137,67 M.; Söpter 92,65 M.; Lage 75,82 M.; Uhaus 68,41 M.; Remshagen 50 M.; Burchhausen 37 M.; Schlegel 33,04 M.; Spenge 7,99 M.; Dypel 144,92 M.; Coesfeld 133,88 M.; Frankfurt 111,06 M.; Marsberg 77,26 M.; Münster (Stutt.) 60,10 M.; Wailing 32,13 M.; Heidelberg 31,76 M.; Geija 12,65 M.; Reddinghausen 1300 M.; St.-Johann 1000 M.; Nachen 616,90 M.; Düsseldorf 800 M.; Münster (S.) 190,16 M.; Paderborn 408,93 M.; Grlüh 70,07 M.; Werne (Bez. Münster) 155,25 M.; Derenthal 51,50 M.; Riemersdorf (Einzelz. Kient) 2,15 M.; Allendorf 7,70 M.; Eichstädt 12 M.; Rositten 17,60 M.; Herfelle 21,85 M.; Wranitz 24,70 M.; Leistungen 41,63 M.; Zirkle 85,03 M.; Kempen (Posen) 115,55 M.; Pippstadt 150 M.; Braunschweig (W.) 192 M.; Königsgberg (Hilfsarb.) 283,61 M.; Duisburg 583,50 M.; 209,81 M. (07); Berlin 553 M.; Probbach 33,73 M.; Bedum (S.) 48,96 M.; Carleht 80 M.; Anrächte 206,08 M.; Hannover 400 M.; Geismau 13,77 M.; Sbbenbüren 113,63 M.; Nürnberg 490,69 M.
- b) Für Verbandsplakate und Karten: Werne (Bez. Münster) 20,25 M.; Posen 1,50 M.; Berlin (Hilfsarb.) 14 M.; Marsberg 28,50 M.; Solingen 10 M.; Mühlhausen (Thür.) 7,75 M.; Berl 0,75 M.; Nachen 35 M.; Warendorf 11,50 M.; St.-Johann 51 M.; Mühlhausen (E.) 8,90 M.; Königsgberg (W.) 10 M.; Pippstadt 21,50 M.; Hamm 16 M.; Allendorf 7,75 M.; Ellar 7,75 M.; Wingen 10 M.; Münster 55,50 M.; Hagen 60 M.; Jordan 8,50 M.; Emmer 10 M.; Oßrhü 8,50 M.; Berl 7 M.; Dorbed 7,75 M.; Esen 55,50 M.; Bedum (S.) 4,25 M.; Bochum 57,50 M.; Kassel 19,25 M.; Wingen 27,50 M.; Konstanz 8,50 M.; Markt; Gohlfüh 4,25 M.; Lauingen 0,75 M.; Eichstädt 2 M.; Mainz 10 M.; Göttingen 3,25 M.; Amberg 7,25 M.; Jngolstadt 5,75 M.; Hüssel 0,75 M.; Stuttgart 10 M.; Andernach 7,80 M.; Berlin (Hilfsarb.) 2,85 M.; Reddinghausen 25,25 M.; Weidenburg 10 M.; Gantrode 0,75 M.; Straßburg 8 M.; Siegen 43,50 M.; Berlin (Hilfsarb.) 2,25 M.; Haren 10 M.; Kattowit 8,50 M.; Warendorf 7 M.; Oberhausen 28,50 M.; Wannen 55,50 M.; Rheine 28,50 M.; Dsnabrück 23 M.; Dinstlar 10 M.; Köln 55,50 M.; Marsberg 10,75 M.; Neustadt (Westpr.) 7,75 M.; Lindau (Bodensee)

c) Für Fütterale: Berlin (Hilfsarb.) 2,00 M.; Straßburg 3,75 M.; Rempten 0,15 M.; Mainz 0,15 M.; Straßburg 0,15 M.; Braunsberg 0,30 M.; Emmer 0,30 M.; Koflen 1,1, Cloppenburg 0,30 M.; Haren 3,30 M.; Münster (W.) Dppeln 4,50 M.; Werne (Bez. Münster) 0,15 M.; Duisburg 0,30 M.; Sbbenbüren 0,60 M.

d) Für Stempel: Rheine 1,75 M.; Duisburg 1,75 M.; Birmaßens 4,90 M.; Gattigen 1,40 M.; Heidelberg 0,9 M.; Bedum 4,55 M.; Datteln 6,95 M.; Dpalenihä 1,35 M.; W. 4,90 M.; Marsberg 3,50 M.; Eiterfeld 5,90 M.; Heidelberg Nordhorn 1,40 M.; Eiterfeld 1,90 M.; Beneschau 4,90 M.; 4,90 M.; Oberhausen 3,40 M.; Uhaus 4,90 M.; Gnefen 1,4 Hamm 3,50 M.; Suderwich 2,60 M.; Datteln 1,10 M.

e) Für Hauskassiererbücher: Flatow 0,4 M.; Blotho 0,15 M.; Tappan 0,15 M.; Wingen 1,50 M.; D. bühl 0,15 M.; Dülmen 1,05 M.; Detmold 1,50 M.; W. 0,60 M.; Braunsberg 0,30 M.; Donaufauf 0,30 M.; 0,15 M.; Sendenhorst 0,30 M.; Koflen 0,60 M.; Satteln 0,15 M.; Solingen 0,60 M.; Münster 3 M.; Greven 0,9 M.; Lage 0,45 M.; Uhaus 0,60 M.; Schlegel 0,45 M.; Werne (Münster) 0,45 M.; Allendorf 0,15 M.; Carleht 0,15 M.; elbert 0,30 M.

f) Für Ersparbücher: Dülmen 0,15 M.; König (M.) 0,75 M.; Münster (S.) 0,15 M.; Sbbenbüren 0,65 M.

g) Für Protokolle: Paderborn (Werner) 25 M.; lesfeld 6,75 M.

h) Für Inserate und Versammlungsplakate: Erlangen 0,60 M.; Berl 2,15 M.; Nachen 2,4 M.; Gohlfpeier 1,60 M.

4,50 M.; Disberg 3,75 M.; Heferskirchen 2,25 M.; M. 9,25 M.; Neße 12,75 M.; Grlüh 8,50 M.; Borghorst 26, Göttingen 10 M.; Wilingen 3,65 M.; Serford 2,25 M.; D. bühl 5 M.; Nachen 35 M.; Berlin (S.) 5,75 M.; Du. 28,50 M.; Reddinghausen 14,75 M.; Braunsberg 7,75 M. men 10 M.; Wlgerriffen 10 M.; Dorsten 5 M.; Kaiserau Ronsdorf 0,75 M.; Aurich 1,50 M.; Ludwigs-Hafen 18,2 Amberg 3,50 M.; Hannover 20 M.; Werchau 4,25 M.; R. schweig 10 M.; Gladbeck 42,50 M.; Bedum 10 M.; Wrfurt 1, Ullm 2,50 M.; Düsseldorf 89,50 M.; Abagen 1,50 M.; W. winkel 0,75 M.; Dülmen 10 M.; Gelsenkirchen 51,75 M.

i) Für Fütterale: Berlin (Hilfsarb.) 2,00 M.; Straßburg 3,75 M.; Rempten 0,15 M.; Mainz 0,15 M.; Straßburg 0,15 M.; Braunsberg 0,30 M.; Emmer 0,30 M.; Koflen 1,1, Cloppenburg 0,30 M.; Haren 3,30 M.; Münster (W.) Dppeln 4,50 M.; Werne (Bez. Münster) 0,15 M.; Duisburg 0,30 M.; Sbbenbüren 0,60 M.

j) Für Stempel: Rheine 1,75 M.; Duisburg 1,75 M.; Birmaßens 4,90 M.; Gattigen 1,40 M.; Heidelberg 0,9 M.; Bedum 4,55 M.; Datteln 6,95 M.; Dpalenihä 1,35 M.; W. 4,90 M.; Marsberg 3,50 M.; Eiterfeld 5,90 M.; Heidelberg Nordhorn 1,40 M.; Eiterfeld 1,90 M.; Beneschau 4,90 M.; 4,90 M.; Oberhausen 3,40 M.; Uhaus 4,90 M.; Gnefen 1,4 Hamm 3,50 M.; Suderwich 2,60 M.; Datteln 1,10 M.

k) Für Hauskassiererbücher: Flatow 0,4 M.; Blotho 0,15 M.; Tappan 0,15 M.; Wingen 1,50 M.; D. bühl 0,15 M.; Dülmen 1,05 M.; Detmold 1,50 M.; W. 0,60 M.; Braunsberg 0,30 M.; Donaufauf 0,30 M.; 0,15 M.; Sendenhorst 0,30 M.; Koflen 0,60 M.; Satteln 0,15 M.; Solingen 0,60 M.; Münster 3 M.; Greven 0,9 M.; Lage 0,45 M.; Uhaus 0,60 M.; Schlegel 0,45 M.; Werne (Münster) 0,45 M.; Allendorf 0,15 M.; Carleht 0,15 M.; elbert 0,30 M.

l) Für Ersparbücher: Dülmen 0,15 M.; König (M.) 0,75 M.; Münster (S.) 0,15 M.; Sbbenbüren 0,65 M.

m) Für Protokolle: Paderborn (Werner) 25 M.; lesfeld 6,75 M.

n) Für Inserate und Versammlungsplakate: Erlangen 0,60 M.; Berl 2,15 M.; Nachen 2,4 M.; Gohlfpeier 1,60 M.

\*) Bei den Inseraten ist der Preis beim Inserat in der „Baugewerkschaft“ beigefügt. Derselbe ist unaufgefordert bei der Hauptkasse einzufenden.

**Bekanntmachungen.**

**Einladung.**

Am Sonntag, den 17. Mai, von mittags 1 Uhr abginnend, findet im Kleinmann'schen Festsaal in Neuwied a. Geltersdorferstr. 84 eine große allgemeine Zahlstellenskonferenz statt.

**Tagesordnung:**

1. Berichterstattung über den Stand und die Verhältnisse u Bewegung in den betreffenden Gebieten.
  2. Stellungnahme zur Agitation mit Rücksicht auf die nerischen Verbände.
  3. Errichtung eines Bezirkskartells (für Coblenz-Neuroder)
- Hierzu ergeht an sämtliche Ortsgruppen der einzelnen Ver von Frankfurt bis Bonn, Westertal und Sinterfeld die drin Bitte, dieser Einladung durch Entsendung von mindestens Delegierten Folge zu leisten (Gäste sind willkommen). Die gierten werden gebeten pünktlich zu erscheinen.
- An die Konferenz wird sich eine große öffentliche V versammlung anreihen (abends 7/7 Uhr), an der voraussi General-Sekretär Stegerwald-Köln über das Thema sp wird „Die christliche Gewerkschaftsbewegung eine Kulturbeweg Mit kollegialischem Gruß

Das Ortskartell der Christl. Gewerkschaften  
J. W. R. Schwijs

Als verloren werden gemeldet die Buch-Nr. 87 005 lautend auf A. Maninger, 107 205 lautend auf Frz. Wolnhals, 148 870 lautend auf A. Trost und 10 lautend auf Georg Schiepler von der Bahnhalle Gichtsch die Buch-Nr. 85 730 lautend auf Lorenz Jester von der Zahl Gantersleben.

**Bezirk Oberschlesien.**

Den in Oberschlesien beschäftigten Kollegen zur Kenntnis: Die in diesem Sommer die Zeitung und das Markenmaterial in Empfang nehmen können:

Kattowit, Sekretariat, Poststr. 11, 1 Exp.

Wenigen, D. S., Gleiwitzer Straße 19, Vertrauensmann Peterel, Kassierer Johann Eikel, Sölger Straße 9, sammlungslokal Rath. Vereinshaus, Schmeiderstraße.

Dobref, Westm. Josef Smyrel, Familienhäuser.

Gleiwitz, Konrad Stein und Karl Herzjan, Raubner Straße, Polizeiergeant Schindlerorz, Versammlungslokal Zur Wilhelmplatz.

Gleiwitz, Petersdorf, Theophil Golekto, Kofier Straße 29.

Ennowitz, Josef Baltarin, bei Kaufmann Raschny, Versammlungslokal zum Deutschen Kaiser, Bergwerkstraße.

Königshütte, Gustav Wolbel, Pudierstraße 30, Versammlungslokal Hotel Zur Königshütte, Kronprinzenstraße.

Laurahütte, Josef Dlejn, Seitenstraße 19, Versammlungslokal Hotel Rubwig, Hugofstraße.

Radzin, Peter Smyrel, Hüttenstraße 20, Versammlungslokal Weizenberg, Hüttenstraße.

Zabrze, Hermann Fuhs, Sosnitzer Straße 9, Versammlungslokal Eisners Konzerthaus, Kronprinzenstraße.

Schwientochlowitz, Karl Stroll, Wasserstraße 3. Etwaige weitere Adressen werden demnachst noch bekanntgegeben.

**Versammlungskalender.**

Allendorf (Kreis Kirchhain). Sonnabend, den 9. Mai, ab 8 Uhr, Generalversammlung im Verbandslokal, bei Pius C. Wichtige Tagesordnung. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

**Storbekannt.**

Am 28. April starb unser Mitglied August Bukows im Alter von 33 Jahren an Lungenemphysem. Zahlstelle M.-Gladbach. Ehre seinem Andenken!

\*) Nachträglich für das vierte Vierteljahr 1907 eingelangten Beträge sind 07 in Klammern beigelegt.